

GEMEINDE BRUNECK

DURCHFÜHRUNGSPLAN

**Industrie- und Handwerkerzone von
Landesinteresse
Bruneck-West**

DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN

COMUNE DI BRUNICO

PIANO DI ATTUAZIONE

**Zona industriale ed artigianale di
interesse provinciale
Brunico-ovest**

NORME DI ATTUAZIONE

Oktober 2011

Ottobre 2011

Art. 1 Bestandteil des Planes

Der Durchführungsplan des Gewerbegebietes von Landesinteresse „Bruneck West“ in der Gemeinde Bruneck enthält folgende Bestandteile:

Schriftlicher Teil

- 01 Technischer Bericht
- 02 Durchführungsbestimmungen

Graphischer Teil

- 03 Übersicht Gesamtgebiet 1/5.000
- 04 Verkehrsanbindung 1/5.000
- 05 Auszug Bauleitplan 1/5.000
- 06 Katasterauszug 1/2.000
- 07 Bestandsplan 1/500
- 08 Rechtsplan – Variante 1/500
- 09 Infrastrukturplan – Variante 1/500

Art. 2 Art der baulichen Nutzung

Für die Art der baulichen Nutzung gelten die Bestimmungen des L.G. Nr. 13 vom 11. August 1997 in gültiger Fassung.

Sofern der Durchführungsplan nichts anderes bestimmt, gelten die Durchführungsbestimmungen zum Bauleitplan der Gemeinde Bruneck in geltender Fassung.

Art. 3 Dienstleistungen

Der Rechtsplan legt für die einzelnen Baublöcke das Bauvolumen fest, welches im Sinne des Landesraumordnungsgesetzes, LG. vom 11. August 1997, Nr. 13 i.g.F. für Dienstleistungstätigkeiten verwendet werden kann.

Auf dem Baulos 13 ist die angegebene Dienstleistungskubatur für die Ansiedelung von Speditionsfirmen vorbehalten.

Art.4 Rechtsplan

Die Angaben des Rechtsplanes haben bindenden Charakter. Die Nullkote jedes Bauloses wird im Rechtsplan mit einer Toleranz von +/- 50 cm angegeben.

Art. 5 Zulässiges Maß der baulichen Nutzung Abstände und Höhen

a) Baugrenze und Gebäudeabstand:

Die Baugrenze umschreibt die überbaubare Fläche, innerhalb welcher bauliche Anlagen errichtet werden können. Ein Zurücktreten von der Baugrenze ist ohne Einschränkung möglich, das Überschreiten ist nicht zulässig. Eine Ausnahme bilden Balkone, Gesimse, Dachvorsprünge und Treppen bis zu einer Auskragung von 1,50 m, sofern diese auf der Eigentumsfläche errichtet werden.

Innerhalb der einzelnen Baulose kann eine offene oder geschlossene Bauweise vorgesehen werden.

Die Abstände der Gebäude von der Zonengrenze, sowie der Grenzabstand von Gebäuden zur internen Baulosgrenze sind im Rechtsplan wiedergegeben. Dort wo der Rechtsplan ein Anbauen an die Baulosgrenze erlaubt, dürfen Anrainer gemeinsam bis zur Grundstücksgrenze bauen, wenn beide Gebäude eine architektonische Einheit bilden. Liegt kein Einverständnis der Anrainer zum Zusammenbau und kein gemeinsames und einheitliches Projekt vor, so ist der Mindestgrenzabstand von mindestens 5 m einzuhalten. Entlang der östlichen und südlichen Zonengrenze muss in den Baulosen 8, 9, 10, 11 und 14 der Mindestabstand von der Eisenbahn laut Art. 112 des LG 13/1997 eingehalten werden.

Innerhalb der einzelnen Baulose muss zwischen Fassaden mit Aussichtsfenstern ein Abstand von mindestens 10 m und zwischen Fassaden ohne Aussichtsfenstern von mindestens 3 m eingehalten werden.

Aussichtsfenster sind definiert im Sinne des Art. 900 des italienischen Zivilgesetzbuches.

b) Nettobaudichte:

Die zulässige Nettobaudichte auf den einzelnen Baulosen ist im Detail im Rechtsplan angegeben.

c) Überbaubare Fläche:

Die überbaubare Fläche ist im Rechtsplan angegeben.

d) Gebäudehöhe:

Die höchstzulässige Gebäudehöhe ist im Rechtsplan für die einzelnen Baulose festgelegt. Für die Berechnung der zulässigen Bauhöhe wird die Nullhöhe jedes Bauloses im Rechtsplan definiert. Eine Überschreitung der Gebäudehöhe kann bei nachgewiesener Notwendigkeit für technische Aufbauten (Silos, Lifte, Antennen, Kamine, Kräne, Geländer, usw.) genehmigt werden.

Art. 6 Unterirdische Bauten

Unterirdische Gebäudeteile müssen zu den Grundstücksgrenzen und den zoneninternen Gemeinschaftsflächen keinen Abstand einhalten. Die Decken dieser Bauteile müssen so gebaut werden, dass Schwerfahrzeuge für Noteinsätze alle wichtigen Gebäudeteile erreichen können.

Art. 7 Stellflächen und Garagen für Kraftfahrzeuge

Die Flächen der öffentlichen Stellplätze für Kraftfahrzeuge sind im Rechtsplan festgelegt. Die Gestaltung kann bei technischer Notwendigkeit, sowie zur Durchgrünung und Errichtung der Einfahrten auch zu angrenzenden Grundstücken verändert werden. Die dargestellte Anzahl an öffentliche Stellplätze ist als Mindestanzahl verbindlich einzuhalten. Es gilt ein Mindestverhältnis von 1 Baumpflanzung für je zwei auf der öffentlichen Straße gelegenen Autoabstellplätzen.

Die Anzahl der privaten Stellflächen und Garagen für Kraftfahrzeuge ist bei Vorlage des Einreichprojektes in Übereinstimmung mit den Durchführungsbestimmungen des Bauleitplanes der Gemeinde Bruneck nachzuweisen.

Stellplätze im Freien, die nicht von verunreinigten Niederschlagswässern lt. DLH 6/2008 betroffen sind und nicht auf Geschoßdecken gebaut werden, sind als versickerungsfähige Flächen vorzusehen.

Art. 8 Infrastrukturplan

Im Rahmen des Ausführungsprojektes der Infrastrukturen können die im Infrastrukturplan vorgesehenen Maßnahmen abgeändert werden, soweit diese eine nachweisliche Verbesserung beinhalten.

Der Abstand zu den Straßen und die Grenzabstände müssen bei der Errichtung von Kabinen nicht eingehalten werden.

Art. 9 Regenwasserbewirtschaftung und Grünflächen

Art. 9.1 Regelung der Grünflächen durch den Beschränkungsindex der versiegelten Flächen (BVF)

Die Gestaltung der Baulosflächen in Bezug auf die Versiegelung und Abdichtung der Böden wird dem B.V.F.-Verfahren (Beschränkungsindex der versiegelten Flächen) untergeordnet.

a) Begriffsbestimmung:

Der Beschränkungsindex der versiegelten Flächen (B.V.F.), ist ein numerischer Wert der Umweltqualität, der auf die Bebauungsfläche angewandt wird und der die Qualität des Baueingriffes im Verhältnis zur Durchlässigkeit des Bodens und zu den Grünflächen zertifiziert.

Das B.V.F.-Verfahren wird auf alle bautechnischen und urbanistischen Eingriffe im „Gewerbegebiet im Landesinteresse Bruneck West“ angewandt, für die eine Baukonzession beantragt werden muss.

Der B.V.F. wird gemäß einem Berechnungsmodell errechnet, das in den Vordrucken und Handbüchern, die von der Business Location Südtirol BLS zur Verfügung gestellt werden, erläutert ist.

Zum Zwecke der gegenständlichen Regelung sind bei der Bestimmung der Oberflächen mit B.V.F.-Wert folgende Elemente von grundlegender Bedeutung:

- die Typologie und die Materialien, die bei der Gestaltung der Außenflächen eingesetzt werden und die den Niederschlägen ausgesetzt sind;

- die Bewirtschaftung und die eventuelle Wiedergewinnung/Wiederverwendung der Niederschläge;
- die Bepflanzung und die Dachbegrünung.

b) Rechtliche Bestimmungen:

Allgemeine Grundlage des B.V.F.-Verfahrens ist das Ziel, den bestmöglichen B.V.F.-Wert des Projektes (B.V.F. 2) zu gewährleisten, ausgehend vom B.V.F.-Wert des Istzustandes (B.V.F. 1) und beziehend auf den vorgegebenen B.V.F.-Wert für den jeweiligen Eingriff (B.V.F. Z).

Im Fall eines Neubaus oder eines Umbaus von mehr als 40% der versiegelten Fläche oder der bestehenden Kubatur wird die Erreichung eines B.V.F. 2-Wertes von mindestens 1,5 vorgeschrieben. Bei einem geringeren Eingriff wird die Erreichung eines B.V.F. 2-Wertes von 1,0 vorgeschrieben.

c) Anwendungsbereich des B.V.F.-Verfahrens in Bauverfahren

Das B.V.F.-Verfahren ist für folgende Eingriffe innerhalb des Gewerbegebietes „Gewerbegebiet im Landesinteresse Bruneck West“ Pflicht:

1. Errichtung von neuen Bauwerken;
2. Eingriffe an bestehender Bausubstanz gemäß Art. 59, Abs.1 Buchst. d), des L.G. 13/97;

d) Vorabbescheinigung des B.V.F.

Die Vorabbescheinigung des B.V.F. wird bei Ausstellung der Baukonzession und/oder Einreichung der Baubeginnmeldung anhand folgender Unterlagen belegt, die wesentliche Bestandteile des genehmigten Projektes sind:

1. Berechnungsmodell;
2. graphische Anlagen (allgemeiner Plan im Maßstab von nicht weniger als 1:200, mit der genauen Angabe der Oberfläche in Bezug auf ihre Durchlässigkeit, die Typologie der eingesetzten Materialien, detaillierte Angaben zu den Eigenschaften des vorgeschlagenen „Grüns“ und die Art und Weise der Entsorgung und/oder Wiedergewinnung der Niederschläge).

Bei der Bescheinigung für Projekte für Neubauten (Buchst. c, Punkt 1) kommt die rechtliche Bestimmung von Buchst. B) dieses Artikels zur Anwendung.

Bei Eingriffen gemäß Buchst. c), Abs. 2 dieses Artikels, wird das Prinzip der bestmöglichen Annäherung an den höchsten B.V.F.-Wert angewendet, sei dies der B.V.F. 1 oder der B.V.F.-Bezugswert (B.V.F. Z). Dies erfolgt durch Vorlage eigener technischer Unterlagen. Sollte der B.V.F.-Wert des Istzustandes (B.V.F. 1) höher sein als der B.V.F.-Bezugswert der Zone (B.V.F. Z), so darf der B.V.F. 1 nicht herabgesetzt werden.

Der Projektant muss auf jeden Fall den Nachweis bringen, dass er die rechtliche Bestimmung von Buchstabe b) auch in kritischen Fällen umgesetzt hat. Der Nachweis erfolgt durch eine technische Bescheinigung, dass der Projektvorschlag unter den gegebenen Bedingungen der Bestmögliche ist.

e) Endbescheinigung des B.V.F.

Die Endbescheinigung des B.V.F. ist bindende Bedingung für die Ausstellung der Bewohnbarkeits- bzw. Benutzungsgenehmigung.

Dem Gesuch um Ausstellung der Bewohnbarkeits- bzw. Benutzungsgenehmigung muss der Bauleiter zusätzlich zu den Unterlagen gemäß Art. 131 des L.G. 13/97 auch eine eigene Erklärung beilegen, in der bestätigt wird, dass das genehmigte Projekt dem B.V.F. entspricht.

f) Verbot der Veränderung der Flächen mit B.V.F.-Wert

Es ist verboten, Flächen mit genehmigtem B.V.F.-Wert (Grünflächen, Drainageflächen usw.) zu verändern, unbeschadet eines neuen Genehmigungsverfahrens (Baukonzession). Bei kleineren Baueingriffen genügt die Unbedenklichkeitserklärung der Dienststelle Raumordnung und Bauwesen der Gemeindeverwaltung.

Sollte die Veränderung der Flächen mit genehmigtem B.V.F.-Wert ohne Beachtung der vorliegenden Richtlinien erfolgen, ist der Eigentümer oder Zuwiderhandelnde zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes verpflichtet. Wo dies nicht möglich ist, werden die Strafen gemäß Abschnitt VIII des Landesraumordnungsgesetzes verhängt.

g) Bescheinigungsverfahren

Die Gemeindeverwaltung wickelt sämtliche Schritte für die Ausstellung der Vorab- und der Endbescheinigung des B.V.F.-Verfahrens ab und stellt die Unbedenklichkeitserklärung für die Einleitung der Genehmigungsmaßnahmen aus.

Art. 9.2 Dachbegrünungen

Dachbegrünungen sind laut UNI 11235 zu planen und auszuführen. Der Aufbau der Dachbegrünung wird bei der Berechnung der urbanistischen Kubatur nicht berücksichtigt.

Art. 9.3 Baumpflanzungen

Die eingezeichneten Baumpflanzungen sind in Art und Lage wie im Rechtsplan dargestellt herzustellen und müssen in einer mindestens 4 m² großen und unversiegelt zu haltenden Pflanzfläche gesetzt werden.

Bäume 2. Ordnung sind folgendermaßen definiert: 12-20 m Wuchshöhe als Hochstamm, mit kegel- oder eiförmiger Kronenform.

Auf den Baulosflächen muss mindestens ein Baum pro 4 Autoabstellplätze im Freien gepflanzt werden.

Art. 9.4 Regenwasserbewirtschaftung und Versiegelung des Bodens

Die Regenwasserbewirtschaftung erfolgt nach Art. 46 des Landesgesetzes 8/2002 (Bestimmungen über die Gewässer) und der entsprechenden Durchführungsverordnung DLH 6/2008.

Die höchstzulässige Versiegelung des Bodens beträgt 80% der Baulosfläche. Bei vollständiger Versickerung des Regenwassers auf dem Baulos können bis zu 90 % der Baulosfläche versiegelt werden.

Es müssen in jedem Falle die geltenden Bestimmungen im Bereich des Grundwasserschutzes eingehalten werden.

Art. 11 Dienstwohnungen

Im Rahmen der im Art. 44/quarter L.G. Nr. 13 vom 11. August 1997 in gültiger Fassung und in der Durchführungsverordnung über Gewerbegebiete DHL 32/2008 Art. 4 enthaltenen Bestimmungen ist die Errichtung von insgesamt 30 Dienstwohnungen zulässig.

NORME DI ATTUAZIONE

Art. 1 Elementi del piano

Il piano di attuazione per la zona produttiva di interesse provinciale „Brunico ovest” nel Comune di Brunico è composto dai seguenti elementi:

Testi

- 01 Relazione tecnica
- 02 Norme di attuazione

Parte grafica

- 03 Corografia d'insieme 1/5.000
- 04 Viabilità 1/5.000
- 05 Estratto dal PUC 1/5.000
- 06 Estratto dalla mappa catastale 1/2.000
- 07 Stato di fatto 1/500
- 08 Piano normativo – variante 1/500
- 09 Piano delle infrastrutture – variante 1/500

Art. 2 Destinazione della zona

L'utilizzo della zona è regolato dalla legge urbanistica provinciale dell'11 agosto 1997, n. 13, e successive modifiche.

Fatto salvo che il piano di attuazione non disponga diversamente, si applicano le norme di attuazione al Piano Urbanistico Comunale di Brunico comunque in vigore.

Art. 3 Attività terziarie

Il piano normativo definisce per i singoli isolati la quota parte della cubatura che può essere destinata al settore terziario ai sensi della legge urbanistica provinciale dell'11 agosto 1997, n. 13, e successive modifiche.

Sul lotto 13 la cubatura ammissibile per attività terziaria è riservata unicamente all'insediamento di imprese di spedizione.

Art.4 Piano normativo

Le indicazioni del piano normativo hanno carattere vincolante. Le quote zero indicate nel Piano normativo per ogni lotto presentano un limite di tolleranza pari a +/- 50 cm.

Art. 5 **Limiti per l'utilizzazione edificiale** **Distanze ed altezze**

a) **Limite di edificabilità e distanza tra edifici:**

Il limite di edificabilità definisce l'area edificabile entro la quale si possono realizzare i fabbricati. È consentito qualsiasi arretramento dal limite di edificabilità mentre non è consentita alcuna edificazione oltre tale limite, ad eccezione di balconi, cornicioni, gronde e scale di sicurezza fino ad un aggetto di 1,50 m, fermo restando che questi siano realizzati entro i confini di proprietà.

All'interno del limite massimo di costruzione dei singoli lotti è consentita l'edificazione di tipo continuo o di tipo aperto.

Le distanze degli edifici dai confini di zona e la distanza minima di edifici dai confini interni del lotto sono definite all'interno del Piano normativo. Dove il Piano normativo consente di costruire fino sul confine del lotto, i proprietari possono costruire in aderenza, se entrambi i fabbricati formano un'unità architettonica. Nel caso in cui non vi sia il consenso alla costruzione in aderenza e non venga consegnato un progetto comune ed omogeneo la distanza minima dal confine del lotto non deve misurare meno di 5 m.

Lungo il confine di zona orientale e meridionale nei lotti 8, 9, 10, 11, e 14 deve essere rispettata la distanza minima dalla ferrovia secondo l'art. 112 della LP 13/1997.

All'interno di ogni singolo lotto la distanza tra facciate con vedute non deve essere inferiore a 10 m e non inferiore a 3 m in caso di facciate senza vedute.

Le vedute sono definite dall'art. 900 del Codice Civile italiano.

b) Densità fondiaria netta

La densità fondiaria ammessa nei singoli lotti è riportata in dettaglio nel Piano normativo.

c) **Superficie coperta**

La superficie coperta è riportata in dettaglio nel Piano normativo.

d) Altezza degli edifici:

Le altezze massime degli edifici vengono indicate nel Piano normativo per i singoli lotti. Per il calcolo dell'altezza massima ammissibile degli edificati il Piano normativo riporta la quota zero per ogni lotto. In caso di comprovate esigenze sono ammesse maggiori altezze per strutture tecniche (silos, antenne, ciminiere, ponti di servizio, ringhiere, ecc.).

Art. 6 **Costruzioni interrato**

Le costruzioni interrato possono essere realizzate in aderenza ai confini di lotto ed alle aree comuni interne alla zona. In questo caso i relativi solai dovranno essere costruiti in modo tale da supportare il passaggio di mezzi pesanti affinché questi possano raggiungere tutte le parti importanti degli edifici in caso d'emergenza.

Art. 7 **Parcheggi e garage per autoveicoli**

Le aree riservate ai parcheggi pubblici per gli autoveicoli sono delimitate nel Piano normativo. La sistemazione può essere modificata per esigenze tecniche, per l'arredo verde e la realizzazione d'accesso anche verso i lotti confinanti. Il numero di parcheggi pubblici

rappresentati nel Piano normativo rappresenta un numero minimo e non derogabile. Vale un rapporto minimo di un'alberatura ogni due posti macchina posti sulla strada pubblica.

Il numero di parcheggi e garage privati per gli autoveicoli deve essere dimostrato, alla presentazione del progetto definitivo, in conformità alle norme del Piano Urbanistico comunale di Brunico.

Le superfici dei parcheggi esterni, non interessate da acque meteoriche inquinate ai sensi della DPP 6/2008 e che non sono realizzati su piani rialzati, devono essere eseguiti quali superfici permeabili.

Art. 8 Piano delle infrastrutture

Nell'ambito del progetto esecutivo delle infrastrutture possono essere modificate le indicazioni del piano delle infrastrutture, se queste modifiche comportano comprovate migliorie tecniche.

In fase di realizzazione delle cabine si può derogare alle distanze dai confini e dalle strade.

Art. 9 Acque meteoriche e aree verdi

Art. 9.1 Indice di Riduzione dell'Impatto Edilizio (RIE)

Per quanto riguarda la sistemazione dei lotti edificiali rispetto alla permeabilità del suolo, trovano applicazione le procedure per la Riduzione dell'Impatto Edilizio (R.I.E.).

a) Definizioni:

L'indice di Riduzione dell'Impatto Edilizio (R.I.E.), è un indice numerico di qualità ambientale applicato al lotto edificiale al fine di certificare la qualità dell'intervento edilizio rispetto alla permeabilità del suolo ed al verde.

La procedura R.I.E. si applica a tutti gli interventi di trasformazione edilizia ed urbanistica all'interno della “Zona produttiva di interesse provinciale Brunico Ovest” soggetti a concessione edilizia.

La Business Location Südtirol BLS fornisce il modello di calcolo del R.I.E. e predispone sia i formulari che il manuale d'uso messi a disposizione dei richiedenti.

Ai fini della presente disciplina costituiscono elemento essenziale nella determinazione delle superfici con valore R.I.E.:

- la tipologia e i materiali di finitura delle superfici esterne esposte alle acque meteoriche;
- la gestione e l'eventuale recupero / riuso delle acque meteoriche;
- la piantumazione e l'inverdimento pensile.

b) Principio normativo:

Fondamento generale della procedura R.I.E. è l'obiettivo di garantire l'indice R.I.E. di progetto (R.I.E. 2) migliore possibile, partire dalla rilevazione del R.I.E. dello stato di fatto (R.I.E. 1) e con riferimento all'indice R.I.E. predefinito per tipo di intervento (R.I.E. Z).

Nel caso di nuova costruzione o di riqualificazione di più del 40% della superficie non permeabile del lotto o della cubatura esistente, si prescrive il raggiungimento di un indice R.I.E. di progetto (R.I.E. 2) pari a minimo 1,5. Per un intervento di dimensioni più ridotte, si prescrive il raggiungimento di un indice R.I.E. di progetto (R.I.E. 2) pari a minimo 1,0.

c) Procedura per i procedimenti urbanistici:

La procedura R.I.E. è obbligatoria all'interno della “Zona produttiva di interesse provinciale Brunico Ovest” per:

1. gli interventi di nuova costruzione;
2. gli interventi su edifici esistenti ai sensi dell'art. 59, comma 1, lett. d) della L.P. 13/97;

d) Certificazione preventiva del R.I.E.

La certificazione preventiva del R.I.E. avviene in sede di rilascio della concessione edilizia e/o di presentazione della D.I.A. attraverso i seguenti documenti che costituiscono parte integrante del progetto autorizzato:

1. modello di calcolo;
2. allegato grafico (consistente in una planimetria generale in scala non inferiore a 1:200 con l'indicazione precisa delle superfici in relazione al loro grado di permeabilità, alla tipologia dei materiali impiegati, alla dettagliata individuazione delle caratteristiche del "verde" proposto ed alle modalità di smaltimento e/o recupero delle acque meteoriche).

Per i progetti di nuova costruzione (lett. C, punto 1) si applica il principio di cui alla precedente lett. B.

Per gli interventi di cui alla lett. C, punto 2, si applica il principio della migliore approssimazione possibile all'indice R.I.E. più elevato, sia esso R.I.E. 1 che R.I.E. predefinito (R.I.E. Z), mediante presentazione di apposita documentazione tecnica. Qualora il R.I.E. dello stato di fatto (R.I.E. 1) risulti maggiore dell'indice R.I.E. predefinito (R.I.E. Z), il R.I.E. 1 non deve essere peggiorato.

Costituisce in ogni caso onere del progettista la dimostrazione del perseguimento del principio normativo di cui alla lettera B anche in situazioni di criticità attraverso certificazione tecnica della proposta progettuale quale migliore possibile nelle condizioni date.

e) Certificazione finale del R.I.E.

La certificazione finale del R.I.E. è obbligatoria per il rilascio del certificato di abitabilità/agibilità.

Alla domanda per il rilascio del certificato di abitabilità/agibilità il direttore dei lavori deve allegare, oltre alla documentazione prevista dall'art. 131 della L.P. nr. 13/97, anche apposita dichiarazione attestante la conformità R.I.E. del progetto approvato.

f) Divieto di trasformazione delle superfici con valore R.I.E.

E' vietata qualsiasi modificazione delle superfici autorizzate con valore R.I.E. (superfici a verde, superfici drenanti ecc.) salva nuova procedura autorizzativa (concessione edilizia). Per piccoli interventi è sufficiente il nulla osta del Servizio Urbanistica ed Edilizia dell'Amministrazione comunale.

La trasformazione delle superfici autorizzate con valore R.I.E. in violazione delle presenti direttive obbliga il proprietario o il responsabile dell'abuso al ripristino delle superfici e qualora non fosse possibile si applicano le sanzioni previste al Capo VIII della Legge Urbanistica Provinciale.

g) Istruttoria di certificazione

L'amministrazione comunale è responsabile dell'istruttoria relativa alla certificazione preventiva e finale del R.I.E. e rilascia il nulla osta per l'emanazione dei provvedimenti autorizzativi.

Art. 9.2 Verde pensile

La progettazione e l'esecuzione delle coperture con verde pensile è da realizzare secondo la norma UNI 11235. La sopraelevazione dovuta al verde pensile non concorre al computo della cubatura urbanistica.

Art. 9.3 Alberature

La posizione e la categoria delle alberature indicate nel piano normativo hanno carattere vincolante e devono essere sistemate in una superficie di impianto di minimo 4 m² di superficie da lasciare permeabile.

Alberi di seconda categoria sono definiti nel seguente modo: altezza 12-20m, ad alto fusto o a chioma ovale.

Sui lotti edificiali è obbligo piantare un albero ogni 4 posti macchina situati all'aperto.

Art. 9.4 Gestione delle acque meteoriche e impermeabilizzazione del terreno

La gestione delle acque meteoriche viene eseguita secondo l'art. 46 della legge provinciale 8/2002 e il relativo regolamento di esecuzione DPP 6/2008.

L'impermeabilizzazione massima del terreno è pari all'80% della superficie del lotto. Premessa la dispersione completa dell'acqua piovana sul lotto, l'impermeabilizzazione massima del terreno può raggiungere il 90% della superficie.

Devono essere in ogni caso rispettate le disposizioni vigenti in materia di tutela delle acque di falda.

Art. 10 Alloggi di servizio

Nei limiti di quanto previsto all'articolo 44/quarter della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13, e successive modifiche, nonché del regolamento di esecuzione sulle zone per insediamenti produttivi DPP 32/2008, è ammessa la realizzazione di un numero di alloggi di servizio pari a 30 nell'intera zona produttiva.